

Bekanntes und ein Vorschlag

STANDORTBESTIMMUNG Die wirtschaftliche und soziale Zukunft ...

Robert Schneider

Im Rahmen des sog. „Semestre européen“ fand gestern zum zweiten Mal die Standortbestimmung von Regierung und Sozialpartnern zur wirtschaftlichen und sozialen Lage statt.

Die Veranstaltung des Wirtschafts- und Sozialrats wurde in der Europäischen Investitionsbank abgehalten. Hierbei kam es zum Austausch bekannter Positionen von Regierung, Gewerkschaften (OGBL, LCGB und CGFP legten ihre Sichtweisen dar) und „Union des entreprises luxembourgeoises“ (UEL). Die statistischen Eckdaten wurden je nach Redner unterschiedlich interpretiert. Die Veranstaltung diente zum Abstecken der Positionen, die stark voneinander abwichen.

Im Gegensatz zu den Gewerkschaften sieht der Arbeitgeberverband die Produktivität im Lande schwinden und findet, die



Fotos: François Aussems

CGFP, LCGB und OGBL wurden im Rahmen der Veranstaltung gehört

Lohnnebenkosten würden sich ständig verteuern. Die Regierung verteidigte wiederum ihre Haushaltspolitik und beschrieb, wie sie auf die Vorschläge der EU-Kommission reagieren wolle. So

unterstrich Staatsminister Xavier Bettel, die Steuerreform biete angesichts der aktuellen Wirtschaftslage keinen Anlass, Geschenke zu machen. Dies bedeute aber nicht, dass nun überhaupt

nichts verteilt werde, so Bettel. Diejenigen, die es brauchen, würden bedient.

Ein Vorschlag kam dann von Arbeitgeberpräsident Michel Wurth, der anregte, die Rifkin-

Studie zur ökonomischen Zukunft des Landes auszuweiten und neben der Handelskammer auch die Salariatskammer mit einzubeziehen, um so konsensueller in der Vorbereitung des Landes vorzugehen. Ein Vorschlag, der in einer ersten Reaktion von den Gewerkschaftsvertretern positiv bewertet wurde.

Unten stehend die Positionen von Regierung, Gewerkschaften und UEL, die zwar bekannt sein dürften, bei diesem Anlass aber jährlich wiederholt werden.

Bei dieser Gelegenheit kommentierten die Sozialpartner gestern auch die Vorschläge der EU-Kommission, die sich auf drei Hauptpfeiler konzentrieren, als da sind:

- eine Wiederbelebung der Investitionen (u.a. über den sog. Juncker-Plan);
- die Fortführung der Struktur-reformen;
- eine verantwortliche Haushaltspolitik (inklusive der Modernisierung der Sozialsysteme).